

Verwaltungsbericht über die Präsidialverwaltung

Autor(en): **Blaser, Adolf / Bauder, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1967)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht über die Präsidentialverwaltung

Regierungspräsident:
vom 1. Januar bis 31. Mai 1967: Adolf Blaser;
vom 1. Juni bis 31. Dezember 1967: Dr. Robert Bauder.

Regierungsvizepräsident:
vom 1. Januar bis 31. März 1967: Dr. Robert Bauder;
vom 1. Juni bis 31. Dezember 1967: Henri Huber.

Volksabstimmungen

A. Am 9. April fand eine kantonale Abstimmung mit folgenden Vorlagen statt:

a) Volksbeschluss über die Aufnahme von Anleihen bis zum Betrag von 300 Millionen Franken, Ja 38860, Nein 32174.

b) Volksbeschluss betreffend die Errichtung eines neuen Gebäudes für das Lehrerseminar Pruntrut, Ja 45565, Nein 25987.

c) Volksbeschluss betreffend die Erstellung von zwei Schwesternhäusern und eines Personalhauses in der Heil- und Pflegeanstalt Waldau, Ja 60107, Nein 11621.

d) Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 13. Juni 1911/13. März 1964 über die Kranken- und Unfallversicherung (KUVG), Ja 53343, Nein 16973.

e) Gesetz über Jagd, Wild- und Vogelschutz, Ja 53766, Nein 17409.

Von den 270028 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 27,1% an die Urne.

B. Am 2. Juli fand eine eidgenössische Abstimmung statt: Volksbegehren gegen die Bodenspekulation, Ja 30801, Nein 55385.

Von den 271207 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 31,9% an die Urne.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

1. Die Gesamterneuerung des Nationalrates fand am 29. Oktober statt. Im Kanton Bern waren 33 Nationalräte zu wählen. Für die Besetzung dieser Sitze wurden 14 Listen mit 261 Kandidaten eingereicht. Von diesen Kandidaten waren 98 kumuliert. Bei den Nationalratswahlen 1963 wurden 15 Listen mit 313 Kandidaten eingereicht, wovon 134 kumuliert.

Die 33 Mandate des Wahlkreises Bern verteilen sich auf die Listen wie folgt:

Listen	Sitze
1. Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, Freie demokratische Mittelstandspartei, Emmental-Jura-Mittelland-Oberaargau-Seeland	8
2. Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, Freie demokratische Mittelstandspartei, Landesteilverband Oberland	2
3. Landesring der Unabhängigen	2

Listen	Sitze
4. Evangelische Volkspartei	1
5. Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Bern, Landesteil Mittelland	2
6. Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Bern, Landesteil Oberland	1
7. Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Bern, Landesteile Emmental und Oberaargau	1
8. Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Bern, Landesteile Seeland-Laufental	1
9. Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern	12
10. Parti socialiste jurassien	0
11. Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei	1
12. Parti libéral-radical jurassien (Freisinnige Partei des Jura)	1
13. Parti démocratique chrétien-social jurassien	1
14. Parti libéral-radical indépendant	0
	<u>33</u>

Eine gegen das Ergebnis der Wahlen eingereichte Beschwerde wurde in der Folge zurückgezogen. Sie betraf die Zusatzstimmen im Falle der unpräzisen Listenbezeichnung.

2. In der Novembersession des Grossen Rates wurden als Mitglieder des Ständerates für eine vierjährige Amtsdauer gewählt: das bisherige Mitglied Regierungsrat Dewet Buri, Bern, und, anstelle des aus Altersrücksichten zurücktretenden Charles Jeanneret in St. Immer, Maurice Péquignot, Lehrer, in Saignelégier.

Grosser Rat

Im Berichtsjahr hielt der Grosse Rat vier Sessions ab, davon im Februar und September zwei ausserordentliche. Die Zahl der Sitzungen betrug insgesamt 45.

Für die Amtszeit 1967/1968 wurden gewählt: als Präsident Maurice Péquignot, Lehrer in Saignelégier, als 1. Vizepräsident Guido Nobel, Sekretär und Redaktor der PTT-Union in Biel, und als 2. Vizepräsident Fritz Rohrbach, Lehrer in Mittelhäusern. Gleichzeitig erfolgte die Wiederwahl der 6 Stimmzähler. Auf Ende des Jahres traten aus dem Rate aus: Karl Glatthard, Bern; Dr. Heinz Bratschi, Bern; und Enrico Homberger, Bern. Die Ersatzwahlen erfolgten im Jahre 1968.

Ständige Kommissionen

Anstelle des als Mitglied der Justizkommission zurücktretenden Dr. E. Freiburghaus, Laupen, wurde César Voisin, in Corgémont, gewählt.

Für die Amtszeit 1967/1968 übernimmt Dr. Fritz Hofmann, Burgdorf, das Präsidium der paritätischen Kommission, und Armand Gobat, Tavannes, wird als Vizepräsident gewählt.

Wahlen

Anstelle der verstorbenen Otto Müller, in Sonvilier, und Francis Paroz, in St. Immer, werden als neue Mitglieder des Handelsgerichtes gewählt: Alphonse Giovannini, gypserie-peinture, in St. Immer, und Alain-François Grisel, directeur, in St. Immer. Die Mitglieder der Bodenverbesserungskommission, der Sekretär und die Ersatzmitglieder werden wiedergewählt.

Behandelte Geschäfte

2 Volksbeschlüsse, 2 Gesetze, 16 Dekrete, 353 Direktionsgeschäfte, 54 Motionen, 42 Postulate, 62 Interpellationen und 75 Schriftliche Anfragen.

Am 9. Februar hat der Regierungspräsident die Interpellationen Braunschweig und Schweizer betreffend interkantonale Zusammenarbeit beantwortet.

Am 8. Mai hat der Grosse Rat auf Antrag der Präsidentenkonferenz die Motion Morand betreffend Einsetzung einer kantonalen Finanzkommission und die Motion Grimm betreffend die Verhandlungssprache im Parlament abgelehnt. Die Motion Walter betreffend den französischen Wortlaut der Staatsverfassung wurde in Form eines Postulates angenommen. Das Postulat Leuenberger betreffend die Organisation der Bezirksverwaltung wurde angenommen. Der Regierungspräsident hat die Interpellation Schwander betreffend Dokumentationszentrum für die Mitglieder des Grossen Rates beantwortet.

Am 4. September hat der Regierungspräsident die Interpellationen Leuenberger betreffend Neuumschreibung des Föderalismus, Haltiner betreffend Informationspolitik in der Jurafrage, Peter betreffend Beteiligung von Staatspersonal an subversiven Bewegungen und Gobat betreffend Zwischenfälle in Courgenay am 20. Mai 1967 beantwortet.

Am 6. November hat der Grosse Rat auf Antrag der Präsidentenkonferenz die Motion Schädelin betreffend die Geschäftsordnung des Grossen Rates und die in ein Postulat umgewandelte Motion Bärtschi (Wiggiswil) betreffend Rationalisierungen im Grossratssessionsbetrieb abgelehnt.

Die Staatskanzlei wird im Laufe des Jahres 1968 dem Regierungsrat einen Bericht vorlegen können betreffend die Frage der Einführung einer Bürgerkarte anstelle der gegenwärtigen Stimmkarte.

Zusammenkunft der grossrätlichen Büros der Westschweiz

Die jährliche Zusammenkunft wurde unter dem Vorsitz von Maurice Péquignot im Kanton Bern abgehalten. Erstmals war auch der Kanton Tessin vertreten. In der Sitzung, die im Grossratssaal stattfand, wurden von den Grossratspräsidenten Referate über das Thema «Einbürgerungen und Strafnachlassgesuche; Grundsätze und Verfahren» gehalten. Anschliessend haben sich die Abgeordneten nach Neuenstadt begeben, wo sie vom Regierungsrat zum Mittagessen eingeladen wurden. Im Laufe des Nachmittags haben die Teilnehmer das Kongresshaus in Biel besichtigt, wo sie vom Gemeinderat, vertreten durch die HH. Gemeinderäte Jean-Roland Graf und Raoul Kohler, empfangen wurden.

Regierungsrat

Der Regierungsrat hielt im Berichtsjahr 112 Sitzungen ab, in welchen 8284 (8765) Geschäfte behandelt wurden.

Nebenbeschäftigungen der Regierungsräte

Regierungsrat Buri

- Zuckerfabrik Aarberg,
- Kraftwerke Blenio und Maggia,
- BLS,
- SZB,
- Ausschuss der Schweizerischen Hagelversicherung.

Regierungsrat Dr. Bauder

- Kraftwerke Oberhasli,
- Berner Elektrochemische Werke AG, Beteiligung BKW,
- Electricité Neuchâteloise,
- Bern-Neuenburg-Bahn,
- Zentralvorstand der Krankenkasse für den Kanton Bern.

Regierungsrat Huber

- BKW,
- Société des forces électriques de la Goule,
- Grande Dixence,
- BLS,
- Wengernalp-Jungfraubahn,
- Swissair,
- Alpar,
- Hypothekarkasse.

Regierungsrat Moser

- BKW,
- BKW Beteiligungsgesellschaft,
- Aare- und Emmekanalgesellschaft,
- Vereinigte Huttwilbahnen,
- Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit.

Regierungsrat Dr. Tschumi

- Kraftwerke Oberhasli AG,
- Verkehrsbetriebe Steffisburg-Thun-Interlaken,
- Kursaal Interlaken,
- Nationalbank,
- Electricité de la Lienne, SA.

Regierungsrat Schneider

- Kraftwerke Hinterrhein,
- Simmentaler Kraftwerke,
- Bernische Kranken- und Unfallkasse,
- Zentralpräsident des Touristenvereins «Die Naturfreunde»,
- Engadiner Kraftwerke.

Regierungsrat Blaser

-

Regierungsrat Kohler

- MOB.

Regierungsrat Dr. Jaberg

Alpar Flug- und Flugplatz AG.

Staatskanzlei

Der neugewählte Chef der französischen Abteilung, Gymnasiallehrer Bruno Kehrli, hat sein Amt am 1. April 1967 angetreten. Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Auskunft (Vorjahr).

An die Direktionen überwiesene Eingänge: 2242 (2519).

Drucksachenbestellungen: Verkaufssumme Fr. 222 885.25 (Fr. 221 761.45).

Beglaubigungen von Unterschriften: 35 617 (35 618),

wovon Gebühren verrechnet wurden Fr. 76 703.- (Fr. 75 282.-), davon vom Regierungsstatthalter oder von Gemeinden Fr. 34 090.- (Fr. 61 716.-),

belegt vom Legalisationsbüro oder durch Bareinnahmen Fr. 42613.– (Fr. 13566.–).

Im Anweisungsverkehr wurden 2894 (3642) Geschäfte erledigt, die einen Gebührenbetrag von Fr. 502614.– (Fr. 391057.50) ergaben.

Die französische Abteilung erledigte 3172 Geschäfte, wovon 1884 des Regierungsrates, 578 zuhanden der Direktionen und 512 zuhanden des Grossen Rates.

Benützung des Rathauses

Im Laufe des Berichtsjahres wurde das Rathaus wie folgt benützt:

Grossratssaal	= 105 Sitzungen,
Sitzungszimmer	= 375 Sitzungen,
Rathaushalle	= 62 Anlässe

(inkl. Planausstellung Hochbaudirektion).

Zur Deckung der Selbstkosten wurden für nichtamtliche Anlässe Gebühren im Betrage von Fr. 10961.80 erhoben. Auf Voranmeldung hin besichtigten das Rathaus ungefähr 3700 Personen.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Benutzung

Der Lesesaal verzeichnet 3864 Besuche von 418 Personen. Ausserdem haben 547 Personen den Wappenauskunftsdienst in Anspruch genommen. Seit 1948 nie erhöht, wurden die Gebühren für die Wappenauskünfte nun der seither eingetretenen Geldentwertung und den Ansätzen anderer Staatsarchive angepasst. Der neue Tarif trat auf den 1. August in Kraft.

II. Zuwachs

Das Staatsarchiv durfte an Geschenken entgegennehmen: Von Frau Maria Bühler, Frutigen, zahlreiche Photos und ein grösserer Posten geschichtlicher Literatur. Vom Eidgenössischen Statistischen Amt rund 500 Bände und Broschüren kantonal-bernerischer amtlicher Drucksachen aus dem Zeitraum 1815–1960. Von Herrn T. Kaufmann, Thörishaus, 6 Berner und Waadtländer Mandate. Von Herrn Dr. h. c. R. Marti-Wehren, Bern, Auszüge aus den Ämterrechnungen Fraubrunnen 1560–1803, Gottstatt 1558–1798, Münchenbuchsee 1528–1803 und St. Johannsen 1530–1803. Von Herrn J. Pieren, Aspi, Seedorf, einen Band Kontraktenmanual Adelboden aus dem 18. Jahrhundert. Von Herrn Grossrat Fritz Rohrbach, Mittelhäusern, ein wertvolles, im 18. Jahrhundert angelegtes Verzeichnis aller bernischen «Kirchen- und Schuldiener». Von Herrn Prof. Dr. H. G. Wirz, Bern, einen von ihm aus einem abgebrochenen Haus geretteten Privatnachlass, enthaltend gedruckte und handschriftliche Papiere zur kantonalen Geschichte und zur Lokalgeschichte der bernischen Gemeinde Wohlen.

Das Staatsarchiv Solothurn, das für seinen eigenen Bedarf Photokopien des Kartulars von Bellelay und des Codex diplomaticus, beide im fürstbischöflichen Archiv in Pruntrut, erstellte, schenkte je eine Kopie dieser umfangreichen Bände.

Den genannten Gönnern und Institutionen und jenen Donatoren, die hier nicht erwähnt werden können, sei für ihre Geschenke nochmals der beste Dank ausgesprochen.

Unter den bedeutenderen Erwerbungen ist hervorzuheben der Ankauf der Photosammlung samt Platteninventar der Firma R. Deyhle, Postkartensammlung in Bern, gegründet 1911. Diese Sammlung, die dank dem Verständnis ihres Eigentümers zu sehr günstigen Bedingungen übernommen werden konnte,

zählt rund 1400 Originalplatten und mehrere tausend Kopien. Die in den letzten Jahren in Fluss gekommenen Ablieferungen von Amtsstellen der Zentralverwaltung und der Bezirksverwaltungen haben noch zugenommen. An grösseren Ablieferungen gingen ein: Von der Staatskanzlei die Protokolle des Regierungsrates 1959, 1961, 1965 und 1966 sowie die Protokolle der Volksabstimmungen 1958–1966. Von der Baudirektion, Vermessungsamt, Akten und Bände allgemeines Vermessungswesen 1863–1920 und ältere Fachliteratur zum Vermessungswesen. Von der Landwirtschaftsdirektion Direktionsakten, hauptsächlich aus der Zeit nach der Verselbständigung dieser Behörde um 1872 bis in die Jahre 1920–1925 reichend, sowie rund 200 Bände und Schachteln amtlicher Drucksachen des Zeitraumes 1893–1966. Von der Gemeindedirektion gebundene und Broschierte Serien von Gesetzessammlungen 1815–1953, insgesamt rund 180 Bände. Vom Obergericht und seinen Unterabteilungen nahezu 1100 Bände, darunter 75 Manuale 1798–1831, 139 Bände Hauptmanual 1831–1935, 200 Bände Zivilurteile 1831–1920, 178 Bände Kriminal- und Polizeiturteile 1831–1891, 49 Bände Schul- und Konkurs 1892–1944, 135 Bände Zivil- und Justizgeschäfte 1850–1935, 105 Bände Polizei und 1. Strafkammer 1853–1930, 20 Bände Anklagekammer-Manual 1865–1884 und 54 Bände Anklagekammer-Protokolle 1852–1923 sowie 98 Bände diverser Kontrollen; ferner 51 Dossiers ausgewählter Strafakten der Jahre 1916–1932. Die Auswahl dieser 51 Dossiers aus insgesamt rund 4600 Fällen besorgte in verdankenswerter Weise Herr Kammerreiber Angst. Diese Ablieferung umfasst den wichtigsten Teil der Archivbestände des Obergerichts seit 1798.

Das Bezirksarchiv Laupen lieferte seine restlichen historischen Bestände ab, so vor allem seine alten Urbare, Dokumentenbücher und Gerichtsakten von 1800–1831, ferner alle Untergerichtsprotokolle bis 1846.

Der Zuwachs der Bibliothek beziffert sich auf 509 Bände, 338 Broschüren und 71 einzelne Blätter; davon wurden 213 Bücher und 35 Broschüren käuflich erworben, alle übrigen abgeliefert oder geschenkt.

III. Allgemeine Verwaltung

Die Pläne für die Neuaufstellung des gesamten Archivbestandes wurden bereinigt. Diese soll eine übersichtliche, nach den zentralen Verwaltungsbehörden in Gruppen gegliederte Unterbringung der Archivalien ermöglichen, wobei für jede Gruppe der neuen Hauptabteilung im zweiten und dritten Boden des Magazintraktes auch eine Platzreserve für künftige Ablieferungen in Rechnung gestellt wurde. Ferner ist vorgesehen, alle noch im Käfigturm untergebrachten Bestände des Obergerichts und von den ebenfalls dort verwahrten Beständen der Bezirksarchive das historisch wertvollste Material ins zentrale Archiv am Falkenplatz zu verlegen, damit im Käfigturm die gegenwärtig fehlende Raumreserve für kommende Ablieferungen der Bezirksarchive geschaffen wird. Zur Verwirklichung des hier skizzierten Planes wurden bereits die ersten Schritte getan. Nach Vorsortierung der Akten des Obergerichts aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden rund 3500 Aktendossiers des Zeitraumes 1800–1831 in das Archiv am Falkenplatz transportiert. Mit der Eingliederung dieser Bestände im zentralen Archiv gingen die Auflösung kleinerer Depots und die ersten Verschiebungen von Archivgruppen einher. Infolge starker Beanspruchung der wissenschaftlichen Archivbeamten durch laufende Geschäfte und die mündliche und schriftliche Auskunftserteilung konnten die im Gange befindlichen grossen Erschliessungsarbeiten nicht in wünschenswertem Ausmass gefördert, geschweige denn neue begonnen werden. Die Neuordnung des Kanzleiarchivs seit 1803 und der Akten des Armenwesens im Zeitabschnitt 1858–1897 wurde fortgesetzt. Herr Kammerreiber Angst nahm eine Sichtung der Akten des Versicherungsgerichtes der Jahre 1918–1934 vor und bezeichnete jene Akten, die neben den Urteilen der dauernden Archivierung würdig sind.

IV. Führungen und Ausstellungen

Es wurden für 13 Besuchergruppen Führungen veranstaltet, die mit Ausstellungen von Fall zu Fall speziell ausgewählter Archivalien verbunden waren.

Einige Dokumente wurden ausgeliehen an die Ausstellung «700 Jahre Handfeste» in Erlach und an die Ausstellung «Grandes heures de l'amitié franco-suisse» im Schloss Coppet.

V. Lehrerfortbildungskurse

Im Rahmen der von der Bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform organisierten Kurse für Urkundenlesen und geschichtliche Heimatkunde erteilte der Adjunkt einen Anfängerkurs, der von 12 Teilnehmern besucht wurde.

VI. Wissenschaftliche Arbeiten

Die zur Hauptsache in den Händen des Assistenten liegende Bearbeitung des Kantons Bern, alter Kantonsteil und Amtsbezirk Laufen, für das Werk «Historische Stätten der Schweiz» des Kröner-Verlages in Stuttgart konnte abgeschlossen werden.

Das Staatsarchiv besorgte die Redaktion, Geschäfts- und Rechnungsführung der «Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde», die, nach wie vor als Organ zur Veröffentlichung kleinerer geschichtlicher Studien gedacht, im Einvernehmen mit den andern Herausgebern organisatorisch und finanziell auf eine neue Grundlage gestellt wurde.

Der Adjunkt nahm sich als Redaktor des «Archivheftes 1967» des Historischen Vereins an, das die Arbeit von Gymnasiallehrer Jean-Paul Tardent in Burgdorf über «Niklaus Manuel als Staatsmann» zum Abdruck brachte.

Ebenso wurde wissenschaftliche Hilfe, insbesondere durch das Mitlesen der Korrekturbogen, an Herrn Prof. H. Rennefahrt für seine Edition bernischer Rechtsquellen geleistet.

Von den wissenschaftlichen Publikationen seien hier nur diejenigen aufgeführt, die sich unmittelbar auf das Archiv und seine Bestände beziehen, d. h. die Arbeit des Adjunkten über «Das Fürstbischof-baslerische Archiv in Pruntrut und seine Aktenbestände zur Geschichte der Stadt Biel und des Südjura», erschienen im Neuen Bieler Jahrbuch 1966, und ein Aufsatz des Assistenten über «Bernische Jahrzeitbücher aus vorreformatorischer Zeit» in der «Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde» 1967.

VII. Bezirks- und Gemeindearchive

Besichtigt und beraten wurden die Bezirksarchive von Laufen, Laupen, Nidau und Wangen a. d. A. sowie die Gemeindearchive von Neuenegg und Worb.

VIII. Ehemals fürstbischöflich-baselsches Archiv

Das Archiv des ehemaligen Fürstbistums Basel in Pruntrut wurde von 708 Personen mit 1086 Besuchen in Anspruch genommen.

Die Handbibliothek verzeichnet einen Zuwachs von 131 Büchern und Broschüren. Unter den wiederum zahlreich eingegangenen Schenkungen, für die den Donatoren nochmals der beste Dank ausgesprochen sei, verdient besondere Erwähnung eine vollständige Sammlung des Bulletins «Les Intérêts du Jura», die dem Archiv von Herrn René Steiner, Präsident der ADIJ, überreicht wurde.

Das Staatsarchiv Solothurn schenkte eine Photokopie des Kartulars von Bellelay.

Die vom Staatsarchiv Basel auf eigene Kosten durchgeführte Mikrofilmaktion wurde fortgesetzt und auf die Archivabteilung B 237/38 der adligen Lehen des Fürstbistums Basel ausgedehnt. Der Konservator empfing im Archiv 14 Besuchergruppen; er leitete 12 historische Exkursionen zu historischen Stätten des Jura und hielt 5 wissenschaftliche Referate aus seinem Fachgebiet.

IX. Legat des Ehepaars Dr. Hans Spreng-Reinhardt (Geschichte des Städtchens Unterseen)

Vermehrt um den Jahreszins pro 1967, erreichte dieser Fonds auf 31. Dezember 1967 den Betrag von Fr. 2701.20.

X. Hallwil-Archiv

Die Zinseinnahmen des Hallwil-Fonds betragen Fr. 926.05. Inert Jahresfrist stieg der Fonds von Fr. 21833.30 auf Fr. 22634.– an. Ausser einigen neuen Publikationen zur aargauischen Geschichte wurde eine Photokopie einer handschriftlichen «Pfarrbeschreibung von Beihingen (Neckar)» angeschafft. Diese süddeutsche Ortschaft stand im 16. und 17. Jahrhundert unter der Vogtei der Hallwil. Herr Dr. Alois Koch, der in den letzten Jahren das Archiv fleissig benutzte, hat seine Dissertation über Franziska Romana von Hallwil abgeschlossen.

Amt für Beziehungen zur Öffentlichkeit

1. Personal

In Anbetracht der vermehrten Aufgaben, die ihm übertragen wurden, musste der Bestand des ständigen Personals des Amtes für Beziehungen zur Öffentlichkeit auf 5 erhöht werden.

2. Information

Das Amt leitete den Behörden Pressekommentare über Fragen der kantonalen Politik regelmässig weiter. Mit dem Ziel, die Information der Öffentlichkeit zu verbessern, hat es Pressekonferenzen veranstaltet und rund fünfzig Communiqués veröffentlicht. Zahlreiche Verbindungen wurden mit Mitgliedern regionaler oder lokaler Behörden, mit Vertretern von politischen Parteien sowie mit Privaten aufgenommen. Die Beziehungen zur Presse, zum Radio und zum Fernsehen haben sich in befriedigender Weise entwickelt. Die Zahl der Journalisten und Reporter, die sich an das Amt wenden, um Auskünfte einzuholen, nimmt stetig zu.

Wie im Jahr 1966 hat das Amt verschiedene Untersuchungen durchgeführt und den Behörden Bericht erstattet. Der Vorsteher des Amtes hielt ein Dutzend öffentliche Vorträge im Zusammenhang mit Fragen der politischen Aktualität.

3. Beziehungen zur Öffentlichkeit im eigentlichen Sinn

Das Amt organisierte die Veranstaltung anlässlich der Eröffnung der Fluglinie Bern-Paris sowie den «Berner Tag» und die Beteiligung des Kantons Bern an der 8. Ausstellungsmesse von Martigny.

4. Jurafrage

Das Amt für Beziehungen zur Öffentlichkeit besorgte das Sekretariat der Kommission der 24, die vom Regierungsrat für die Ausarbeitung eines Memorandums über die aktuellen Fakten der Jurafrage eingesetzt wurde. In dieser Eigenschaft hat es die Arbeiten der Verwaltungszweige koordiniert, welche die Dokumentation vorzubereiten hatten, die zu diesem Memorandum gehören wird. Es organisierte auch die Zusammenkünfte zwischen der Kommission und ihren Gesprächspartnern. Im Verlauf mehrerer auf die Monate Januar, Februar und März 1967 verteilten Sitzungen hat der Regierungsrat einen Aktionsplan aufgestellt, der darauf abzielt, im Jura eine Entspannung herbeizuführen und die Grundlagen einer endgültigen Regelung des jurassischen Problems zu beschaffen. Das Vorgehen wurde in folgende 2 Phasen aufgeteilt:

- eine Vorbereitungsphase, während welcher die verschiedenen Aspekte der Beziehungen zwischen dem Kanton Bern und seinem jurassischen Landesteil sowie der politische und rechtliche Inhalt der Vorschläge der jurassischen Abordnung untersucht werden sollen;
- eine Entscheidungsphase, in welcher festzulegen ist, wie sich der Kanton gegenüber dem Separatismus verhalten und welche Folge den Vorschlägen der jurassischen Abordnung gegeben werden soll.

Dieser Aktionsplan, welcher am 17. März 1967 veröffentlicht wurde, war anlässlich einer gemeinsamen am 27. April 1967 in Bern abgehaltenen Sitzung Gegenstand eines ausgedehnten Meinungsaustausches zwischen der jurassischen Abordnung und dem Regierungsrat. Hierauf ging der Regierungsrat direkt zur ersten Phase über und beschloss die sofortige Eröffnung einer allgemeinen Untersuchung über die aktuellen Gegebenheiten des jurassischen Problems. Zu diesem Zweck wurde eine ausserparlamentarische Kommission von 24 Mitgliedern (12

Jurassier und Welsche von Biel, 12 Deutschsprachige des alten Kantonsteils) gebildet. Die Aufgabe der Kommission wurde wie folgt festgelegt;

- es sind alle verfügbaren Dokumente zu sammeln, die zur Beurteilung der Jurafrage dienen können;
- unter diesen Dokumenten sind diejenigen auszuwählen, die als die wichtigsten, bedeutungsvollsten und aktuellsten erscheinen;
- es ist eine bestimmte Zahl Vertreter der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kreise des Juras sowie des alten Kantonsteils zu konsultieren, um ihren Standpunkt in bezug auf die Probleme, die sich dem Kanton stellen und die Art und Weise, wie sie zu lösen sind, kennenzulernen.
- es ist gestützt auf die ausgewählten Dokumente und die Ergebnisse der Befragungen ein Memorandum zu erstellen, das die aktuellen Gegebenheiten des jurassischen Problems systematisch und präzise zusammenfasst.

Die Kommission hat ihre erste Sitzung am 20. Juni 1967 abgehalten. Bis Ende Dezember hatte sie sich zu internen Sitzungen oder zur Begegnung der konsultierten Kreise zehnmal versammelt. Da die Arbeiten rasch fortschreiten, kann mit einem Abschluss der Untersuchung im Frühling 1968 gerechnet werden. So werden dank der von der Kommission der 24 beschafften Dokumentation der Grosse Rat und das Volk vom Sommer 1968 an, über eine vollständige und objektive Grundlage verfügen, auf die sie sich stützen können, wenn die Entscheidungen fällig werden.

Bern, im März 1968.

Der Regierungspräsident:

Dr. R. Bauder

Vom Regierungsrat genehmigt am: 5. April 1968.

Der Staatsschreiber i. V.: *F. Häusler*

